

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 888 846 ppbn d  
Telefax: 21 98 64

## Inhalt

Gerd Walter MdEP zur Bedeutung der Vereinbarung über den Europäischen Wirtschaftsraum: Der Norden im "Europa der Regionen".  
Seite 1

Eckhardt Barthel zur Notwendigkeit eines humanen und sachlichen Umgangs mit dem Flüchtlingsproblem: Wer Angst sät, erntet Aggressionen.  
Seite 2

Dokumentation:  
Die SPD-Fraktion hat ein Grundsatzpapier für ihre weitere Arbeit entwickelt. Daraus dokumentieren wir jenen Teil, der der Ausgestaltung der deutschen Einheit gewidmet ist.  
Seite 4

46. Jahrgang / 208

30. Oktober 1991

### **Der Norden im "Europa der Regionen"** Zur Bedeutung der Vereinbarung über den Europäischen Wirtschaftsraum

Von Gerd Walter MdEP

Kooperation hat Zukunft im Norden, Schleswig-Holstein und seine Nachbarn rund um die Ostsee teilen gemeinsame historische Tradition ebenso wie gemeinsame Interessen und Probleme, etwa beim Umweltschutz oder bei der Verkehrspolitik. Gleichzeitig bildet der Norden eine starke und innovative Wirtschaftsregion in Europa: Schon heute stellen alle Ostsee-Anrainer zusammen 20 Prozent des Welthandels, wickeln sie allein sechs Prozent des gesamten Welthandels untereinander ab.

Die neue Geographie Gesamteuropas aber droht den Norden in eine Randlage zu drängen. Wenn der Norden den Anschluß nicht verpassen will, kann die Antwort nur heißen: Mehr Zusammenarbeit im Norden, Bündelung der gemeinsamen Stärken im Ostseeraum und geschlossene Vertretung gemeinsamer Interessen.

Der Abschluß der Verhandlungen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) stößt das Tor zur Kooperation des Nordens weit auf: Parallel zum Start des EG-Binnenmarktes 1993 werden die Grenzen für Waren, Personen, Kapital und Dienstleistungen auch zwischen den EG- und den EFTA-Staaten fallen; gemeinsam mit Schweden, Norwegen, Finnland und Island, mit Österreich, der Schweiz und Liechtenstein werden die zwölf EG-Mitgliedstaaten den weitgrößten einheitlichen Wirtschaftsraum bilden. Das öffnet neue Chancen für Wirtschaft und Handel ebenso wie für Unternehmen und Arbeitnehmer, die überall im EWR sich niederlassen oder arbeiten dürfen.

Der EWR beseitigt eines der wesentlichen Hindernisse für Zusammenarbeit im Norden - die Trennung zwischen EG- und Nicht-EG-Staaten. Wer diese Chance nutzen will, muß rasche Schritte zum Aufbau effektiver Zusammenarbeit aller Ostseeanrainer unternehmen. Ziel ist der gemeinsame Aufbau einer wirtschaftlich starken und ökologisch und sozial fortschrittlichen Ostseeregion in Europa; als Gegengewicht zu den wirtschaftlichen Boom-Regionen in Mittel- und Südeuropa kann sie ein Beitrag zur Schaffung des geforderten "Europa der Regionen" sein.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Hausallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mü. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany  
on recycled paper  
Recycling-Papier



Klar ist aber auch: Der "Europäische Wirtschaftsraum" kann nur ein Zwischenschritt sein auf dem Weg der europäischen Integration des Nordens:

- Die EG muß offen bleiben für eine Norderweiterung um die Staaten Skandinaviens. Nur durch einen EG-Beitritt kann das Demokratiedefizit des Europäischen Wirtschaftsraums behoben werden: Wer mitentscheiden will im Europäischen Binnenmarkt, muß Mitglied der EG werden; die bescheidenen Mitspracherechte im EWR bedeuten faktisch, daß unsere Nachbarn im Norden heute Entscheidungen der EG-Zentrale in Brüssel im wesentlichen nur nachvollziehen können.
- Die nordischen Staaten müssen ihre Haltung zur Mitgliedschaft in der EG rasch klären: Auf dem Tisch liegt bislang nur der Beitrittsantrag Schwedens; die Diskussion in Norwegen oder Finnland dagegen wird noch eher zögerlich geführt.
- Der EWR muß rasch ergänzt werden durch faire Assoziierungsverträge der EG mit den Staaten Mittel- und Osteuropas einschließlich der baltischen Republiken. Nur so kann garantiert werden, daß unsere Nachbarn im östlichen Ostseeraum nicht den Anschluß an die europäische Entwicklung verlieren.

Diese Voraussetzungen für die Stärkung der Ostseeregion sind notwendig. Sie müssen jetzt gefüllt und genutzt werden durch den partnerschaftlichen Aufbau von Kooperation der Ostseeanrainer. Initiativen dazu sind bereits aus Schleswig-Holstein, Dänemark und Schweden erfolgt. Der EWR muß jetzt das Startsignal für einen praktischen Anfang sein: Schleswig-Holsteins Zukunft hängt am Gelingen dieses Projekts.

(-/30. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Wer Angst sät, erntet Aggressionen**

**Zur Notwendigkeit eines humanen und sachlichen Umgangs mit dem Flüchtlingsproblem**

**Von Eckhardt Barthel**

**Ausländerpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus**

Wie schnell Mahnungen doch von der Zeit überholt werden können. Nach Hoyerswerda, Saarlouis und, und, und ist es vorbei mit der Warnung: Wehret den Anfängen. Der rassistische Mob hat die Dämme gesprengt und attackiert seine Feindbilder, "Asylanten", Ausländer, biedere Bürger klatschen Beifall oder drücken ihre Zustimmung schweigend aus.

Sicher ist es nicht neu, daß in wirtschaftlich schweren, für viele perspektivlosen Zeiten, die Suche nach Feindbildern Konjunktur hat. Einfache Lösungen sind gefragt. Menschen gesucht, denen es noch schlechter geht, an denen man sein geschundenes Selbstwertgefühl aufzurichten versucht. Wenn die dahinter stehenden Ängste nicht ernstgenommen werden, helfen auch noch so viele Polizisten und moralische Appelle nicht, um die Gewalt einzudämmen.

Ausgerechnet christ-demokratische Politiker sind es, die ebenfalls einfache Lösungen anbieten: Änderung des Artikels 16 Grundgesetz, in dem es heißt, politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Zwar wird sich kein Flüchtling von Gesetzesänderungen in Deutschland abhalten lassen, zu uns zu kommen, wenn er vor Verfolgung, Bürgerkrieg oder Hunger fliehen muß. Aber wir können stolz verkünden: wir tun etwas.

Und wenn die SPD - aber auch die FDP - bei diesem Falschspiel aus humanitären, aber auch aus praktischen Gründen nicht mitmacht, so kann man wiederum - wie etwa der CDU-Generalsekretär Rühle - stolz verkünden: "Jeder Asylant ist ein SPD-Asylant". Das parteipolitische Süppchen muß schließlich am Kochen gehalten werden.

Lassen sich die Gewalttaten gegen Ausländer durch Verfassungsänderung verhindern oder wenigstens vermindern? Viele Opfer in Hoyerswerda sind ehemalige "DDR-Gastarbeiter", die mit dem Asylrecht gar nichts zu tun haben. Oder ein ganz schlimmes Beispiel deutscher Gründlichkeit: In Sachsen wurden zu Besuch geladene Kinder aus Tschernobyl tödlich angegriffen. Zumindest dieser Vorfall müßte zu denken geben und Mißtrauen gegen einfache Lösungen wecken. Wenn es bei uns keine Ausländer gäbe, so eine Frau aus Hoyerswerda, würden es Alte oder Kranke sein, auf die sich der Haß richtet.

Eine andere Methode ist das Spiel mit der Angst. Als "Einladung an fünf Milliarden Menschen auf dieser Erde" bewertete der Chef der Ausländerbehörde den Artikel 16 unseres Grundgesetzes in einer Berliner Zeitung. Derzeit sind 17 Millionen Menschen auf der Flucht. Die allerwenigsten davon haben überhaupt die Möglichkeit, nach Europa zu kommen. Flüchtlingsprobleme sind in erster Linie Probleme der armen, nicht der reichen Länder. Aber das furchteinflößende Bild einer "Asylantenschwemme" muß ja möglichst drastisch gemalt werden.

Wer Angst sät, erntet Aggressionen. Wenn "Menschenfluten" wie Naturkatastrophen über uns kommen, da muß man ja wohl kräftig zupacken!

Normalerweise besitzen Menschen eine Hemmschwelle, die sie davon abhält, andere Menschen anzugreifen, zu verletzen. Diese Schwelle sinkt aber in dem Maße, wie der andere in seinem Wert herabgesetzt, ausgegrenzt, diskriminiert, als Belastung oder gar Bedrohung angesehen wird. In der öffentlichen Darstellung erfüllen Asylbewerber alle diese Eigenschaften. Sie werden als bloße Kostenfaktoren behandelt, von denen es zu viele gibt. In der derzeitigen Asyldebatte werden alle diese Klischees und Ängste beschworen und damit die Hemmschwelle gesenkt - von Bledermännern, die sich wieder einmal als Brandstifter betätigen.

Was Not tut, ist ein sachlicher Umgang mit dem Flüchtlingsproblem, kein Populismus. Dazu gehört die Wortwahl, so bescheiden das klingen mag. Dazu gehört auch, die Fluchtursachen darzustellen, warum etwa ein junger Tamiel nach Berlin gekommen ist. Auch die, die aufgrund unserer Rechtslage kein Bleiberecht erhalten können, sind Menschen in Not. Über ausländische Hütchenspieler und Straftäter lesen wir viel in der Zeitung, obwohl dies nur wenige sind. Über die Schicksale der Kurden aus der Türkei oder der Roma aus Jugoslawien wird kaum berichtet. Dabei ließe sich so Verständnis wecken, ließen sich Aggressionen abbauen.

Wenn unsere Regierenden in den Medien mit Ausländern zu sehen sind, so sind diese Ausländer in der Regel würdevolle Staatsmänner. Warum ist es nicht mal ein Flüchtling oder ein türkischer Straßenbahnfahrer. Dies wäre ein Beitrag, Zugehörigkeit zu demonstrieren.

In der Tat, das sind bescheidene Ansätze, um das Klima, in dem heute Gewalt gegen Ausländer wächst - seien es Flüchtlinge, Migranten oder auch Touristen -, zu verbessern. Nach der bisherigen Asylrechtsdebatte zweifle ich aber, ob alle Verantwortlichen das überhaupt wollen,

(-/30. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Zur Gestaltung des deutschen Einheitsprozesses**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat jüngst ein acht Schwerpunkte umfassendes "Grundsatz- und Maßnahmenpapier" konzipiert. Wir dokumentieren daraus jene Kapitel, die der Gestaltung des deutschen Einheitsprozesses gewidmet sind.

#### **Die soziale Einheit gestalten - Den Aufbau in den neuen Ländern vorantreiben**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zur sozialen, ökonomischen und kulturellen Einheit Deutschlands in einer Reihe von Anträgen ihre konzeptionellen Vorstellungen vorgelegt, zuletzt im "Sofortprogramm zur Verwirklichung des Nationalen Aufbauplanes mit dem Ziel, die soziale und wirtschaftliche Notlage in den neuen Ländern abzuwenden". Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt.

Die sozialdemokratischen Gestaltungsvorschläge bleiben richtig: ausreichend finanzielle Mittel für die Länder und Gemeinden, Stärkung der Verwaltungskraft, in der Eigentumsfrage Entschädigung vor Rückgabe, Gründung von Qualifizierungs-, Aufbau und Entwicklungsgesellschaften, Kurskorrekturen, die die Bundesregierung im Sinne dieser Vorschläge mittlerweile in ihrer Politik vorgenommen hat, sind hilfreich aber nicht ausreichend. Erforderlich bleibt eine Politik des gestalteten Strukturwandels in den neuen Ländern, eine Industriepolitik, die an den vorhandenen Potentialen anknüpft, ohne neue Monostrukturen anzustreben.

Die Bundesregierung muß die Länder bei ihrer strukturpolitischen Aufgabe unterstützen und darf sich nicht abfinden mit dem totalen Zusammenbruch aller Industrie- und Produktionsbereiche.

Dabei muß eine Verzahnung der Treuhand-Politik mit aktiver staatlicher Industrie- und Beschäftigungspolitik helfen, klare Perspektiven für die ostdeutschen Regionen zu entwickeln. Es war ein Fehler, die Treuhand unter die fiskalisch bestimmte Regie des Bundesfinanzministers zu stellen und so Chancen einer gezielten Strukturpolitik ungenutzt zu lassen.

Eine soziale Wohnungspolitik und die Modernisierung der Städte und Gemeinden sind Voraussetzung für die soziale Einheit und können den Aufbau wesentlich beschleunigen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihre Forderungen zum Aufbau in den neuen Ländern zur Grundlage der Gespräche der Arbeitsgruppen mit der Bundesregierung gemacht und Zusagen in einigen Punkten erhalten; wesentliche SPD-Forderungen sind jedoch von der Bundesregierung nicht aufgegriffen worden.

Besonderes Gewicht hat die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit wegen der unerträglichen Benachteiligungen, Verunsicherungen und der berechtigten Zukunftsängste der Menschen in Ostdeutschland.

Zu einer Reihe von Problemen liegen Einzelanträge der SPD im Deutschen Bundestag vor:

- Aktionsprogramm zur beruflichen Bildung,
- Industriepolitik zur Integration der neuen Länder in die Marktwirtschaft,
- Zur Neufeststellung von Stellung und Aufgaben der Treuhand,
- Entschuldung der Treuhandunternehmen,
- Mehr Arbeit durch mehr Umweltschutz in den neuen Ländern,

- Belegung des Neubaus und der Modernisierung von Wohnungen in den alten und neuen Bundesländern,
- Rehabilitation der Opfer des SED-Unrechtsstaates,
- Fach- und Rechtsaufsicht für die Treuhandanstalt,
- Präferenzierung von ostdeutschen Betrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

**Maßnahmen, die sich aus dem Grundsätzlichen ableiten**

Die Bundestagsfraktion wird weiterhin die falschen politischen Weichenstellungen in Sachen Eigentumsrückgabe, Förderung betrieblicher und infrastruktureller Investitionen, Sanierungsauftrag für die Treuhandanstalt, Verlängerung der Warteschleifenregelung, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften und Verwaltungskraft in den neuen Ländern ansprechen und wirkungsvolle politische Maßnahmen hierzu einfordern.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, in Berichten dem Parlament und der Öffentlichkeit darzulegen, wie sie die Zusagen und angekündigten Prüfungen aus den Gesprächen der Arbeitsgruppen mit der SPD-Bundestagsfraktion umsetzen will.

Das politische Ziel, Ostdeutschland zu einer prosperierenden Region zu entwickeln, macht eine aktive Industriepolitik unverzichtbar. Elemente eines solchen Konzeptes sind nach unserer Überzeugung:

- Stärkung vorhandener und Aufbau neuer Wirtschaftszentren im Rahmen eines Strukturentwicklungsplans,
- ein vorausschauender Ausbau der Infrastruktur,
- statt Arbeitslosigkeit Beschäftigung finanzieren,
- Optimierung und Bündelung des Förderprogramms,
- nachfrageseitige Stützung des Strukturwandels,
- Entwicklung eines mittelfristigen Finanzierungskonzeptes.
- Konzept für ein sozial gerechtes, ökonomisch und ökologisch sinnvolles Bodenrecht.

Unter diesen Perspektiven werden wir die parlamentarischen Initiativen zum Umstrukturierungsprozeß begleiten und besondere Akzente bei folgenden Themen legen:

- die Entwicklung einer angemessenen Industriepolitik,
- die Verzahnung der Treuhandpolitik mit aktiver staatlicher Industrie- und Beschäftigungspolitik
- die Förderung ostdeutscher Herstellung und Produkte,
- die Erarbeitung regionaler Entwicklungskonzepte
- die Aufarbeitung der SED-Vergangenheit und ihrer Folgen einschließlich der Abwehr der nicht nur in den neuen Ländern relevanten Ausländerfeindlichkeit beziehungsweise des Rechtsradikalismus.

- die Durchsetzung einer sozialen Grundsicherung für alle Bundesbürger, deren Notwendigkeit in den neuen Ländern besonders drastisch deutlich wird,
- die Notwendigkeit eines Gegengewichts zu der sehr starken Verlagerung des Besitzes an ostdeutschem Grund und Boden und am Produktivvermögen nach Westdeutschland, das zum Beispiel durch eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen geschaffen werden kann,
- die Probleme der Landwirtschaft, deren Niedergang und Ausverkauf aufgehalten werden muß. Die Umstrukturierung bietet noch immer Chancen zur Entwicklung betriebswirtschaftlicher Betriebe, die von der Bundesregierung jedoch nicht ausreichend gefördert werden,
- die Stärkung des Föderalismus, insbesondere durch die Lösung der durch die Vereinigung bedingten Finanzprobleme der neuen Länder und durch einen gerechten Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, aber auch im Zusammenhang mit der Bewahrung regionaler Eigenständigkeiten bei der weiteren Integration der europäischen Gemeinschaft.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird bei der Gestaltung der sozialen Einheit mit den Landtagsfraktionen in den neuen Ländern besonders eng zusammenarbeiten und hat dabei bereits auf den Gebieten der Arbeitsmarkt- und der allgemeinen Sozialpolitik, der Arbeit der Treuhandanstalt und insbesondere den aktuellen Problemen auf dem Wohnungsmarkt mit seinen unverhältnismäßig steigenden Mietbelastungen Alternativen zur Politik der Bundesregierung entwickelt.

Die SPD-Bundestagsfraktion macht darüber hinaus in öffentlichen Anhörungen zu Problemen des Verwaltungsaufbaus, den Konsequenzen der Maßnahmengesetze und zur Strukturpolitik in den neuen Ländern ihre politischen Alternativen zur Politik der Bundesregierung deutlich.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird ein mittelfristig angelegtes, sozial ausgewogenes Konzept zur Finanzierung der deutschen Einheit erarbeiten, denn noch immer ist die Finanzpolitik der Bonner Koalition auf unverantwortliche Weise unsolid und sozial ungerecht. Es muß Schluß sein mit der wählertäuschenden Verbreitung von Steuer- und Finanzierungslügen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird eine neue Initiative zur Reform des Bodenrechts ergreifen und ein bodenpolitisches Konzept vorlegen. Das geltende Bodenrecht hat weitreichende problematische, teilweise widersinnige soziale, ökonomische und ökologische Auswirkungen. Die Reform des Bodenrechts ist für das Projekt einer ökonomisch, sozial und ökologisch leistungsfähigen Industriegesellschaft von zentraler Bedeutung.

(-/30. Oktober 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*